



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Lambrecht: „Keine Panikmache bei der Pflegeversicherung!“

Berlin/Viernheim, 07. September 2006 - Zu Berichten, nach denen angeblich Leistungskürzungen bei der stationären Pflege im Zuge der geplanten Pflegereform drohen, erklärt die Bergsträßer Bundestagsabgeordnete **Christine Lambrecht (SPD)**:

„Zur Panikmache bezüglich der Pflege besteht überhaupt kein Grund. Heimbewohner, die jetzt schon Leistungen beziehen müssen nicht befürchten, dass ihnen die Pflegeleistungen gekürzt werden. Wichtig für uns ist aber auch die Stärkung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“. Nach dem Koalitionsvertrag sind daher Verbesserungen auf der Leistungsseite geplant. So soll die gegenwärtige Spreizung zwischen den einzelnen Pflegestufen mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Versorgung überarbeitet werden. Wir brauchen ein bedarfsgerechtes und an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiertes Verhältnis von stationärer und ambulanter Pflege. Ziel muss es sein, eine Absenkung der Pflegesätze für den stationären Bereich zu verhindern.

Die Pflegeversicherung besteht seit 1995 unverändert und hat sich bewährt. Schon in der Koalitionsvereinbarung bestand Einigkeit, dass diese ein zentraler Baustein der sozialen Sicherungssysteme bleiben soll. Derzeit liegt dem Deutschen Bundestag auch noch kein Entwurf zur Pflegereform vor. Dies wird erst nach der Verabschiedung der Gesundheitsreform der Fall sein. Erst dann wird über eine Reform der Pflegeversicherung diskutiert werden. Insofern basieren die „Berichte“ auf den üblichen Spekulationen. Leider führt dies zu einer unverantwortlichen Verunsicherung der Bürgerinnen und Bürger.



Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Damit Pflegebedürftige aber auch in Zukunft diejenigen Pflegeleistungen erhalten, die sie für eine angemessene Pflege zu einem bezahlbaren Preis brauchen, ist eine nachhaltige und gerechte Finanzierung notwendig. Nach der Koalitionsvereinbarung ist daher die Ergänzung des Umlageverfahrens durch eine Demographiereserve angedacht. Präventions- und Rehabilitationsleistungen sollen zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit deutlich verbessert werden. Hier wird es schon in der Gesundheitsreform erste Verbesserungen geben.

Zudem soll künftig der besondere Hilfe- und Betreuungsbedarf zum Beispiel der Demenzkranken besser berücksichtigt werden. Die professionellen Pflegekräfte der Pflegeheime und ambulanten Dienste sollen in ihrer Arbeitszeit von entbehrlichem Verwaltungsaufwand entlastet werden“.